

Thorsten Schäfer-Gümbel

Schluss mit dieser Steuermoral!

In regelmäßigen Abständen regen wir uns darüber auf, dass so mancher internationale Konzern, eine Bank oder auch eine reiche Privatperson Steuern umgeht. Amazon und Apple verlegen ihre Unternehmenssitze, Spitzensportler ziehen in die Schweiz. Die »Panama-Papiere« haben der Welt die Dimension des Ganzen endlich und mit voller Wucht vor Augen geführt. Sie liefern den Einblick in die globale Unterwelt mit Briefkastenfirmen. Die wahren Eigentümer werden verschleiert, riesige Vermögen geschickt vor dem Fiskus versteckt. Sie zeigen zudem: Sogenannte Steueroasen sind nichts anderes als illegale Orte zum systematischen Betrug an den ehrlichen Gesellschaften.

Teile dieser Geschäfte dürften sich wahrscheinlich sogar als legal herausstellen, was den Skandal zu einem Politischen macht. »Steueroptimierung« ist das Zauberwort. Da werden enorme Gewinne in Deutschland erwirtschaftet und die bezahlte Steuer liegt am Ende auf dem Niveau einer Pommesbude. Die Aufregung ist nachvollziehbar und auch Teil meiner politischen Sichtweise, denn Steuervermeidung schadet unserer Gesellschaft. Gleichzeitig wird Steuervermeidung oft als »Kavaliersdelikt« verharmlost, die Täter werden sogar still bewundert. Der »ehrliche Dumme« würde naturgemäß auch Steuern vermeiden, wenn er nur könnte. Aus dieser Perspektive wird die Steuervermeidung nicht nur moralisiert, sie wird sogar gepriesen und in das enge Bild vom »verschwenderischen Staat« gepackt, der ohnehin nichts Gutes mit dem Geld machen würde.

Die Moral im Steuere Diskurs ist zum einen stark geprägt vom Einzelfall und zum anderen perspektivenabhängig. Aber gerade die Perspektive ist im Gefolge jahrzehntelanger politischer Überbietungswettläufe in Sachen Steuersenkung sehr einseitig. »Schlupflöcher« sollen Schutz vor der »Last« der Steuern bieten. Es ist folglich – moralisch – völlig in Ordnung, Steuern zu »optimieren«. Ungeachtet der zunehmenden Ungleichverteilung insbesondere bei Vermögen und Erbschaften, aber auch bei den Einkommen, ist diese Lesart bislang völlig salonfähig.

Tatsächlich ist die Moral beim Thema Steuern nicht einfach anwendbar. Moral hat immer etwas mit Pflicht zu tun – einer selbst auferlegten Pflicht, die zunächst ohne Bestrafungs- oder Belohnungssystem funktioniert. Die Moral ist dabei grundsätzlich eine relative Bezugsgröße, die historisch und kulturell begründet ist. Damit ist sie veränderbar im besten Sinne des Wortes. Wenn es also in einer Gesellschaft ein Kavaliersdelikt ist, Steuern zu vermeiden, dann ist diese Handlung in dieser Gesellschaft nicht unmoralisch. Wenn eine Gesellschaft es politisch sogar zulässt, dass es die legale Möglichkeit gibt, Steuern so zu optimieren, dass man – wie tausendfach geschehen – Gewinne in Niedrigsteuerländern und Verluste in Hochsteuerländern anfallen lässt, dann ist das ein amoralischer Akt, also weder unmoralisch noch moralisch.

Die Anklage des Unternehmens oder der Einzelperson als »Steuersünder« führt in einem solchen Fall zunächst am Ziel vorbei. Es geht stattdessen um die Frage, warum es legal ist, so den eigenen Steueranteil zu optimieren. Der Einzelne handelt lediglich rational und reibt sich im Zweifel die Augen in Anbetracht so viel gesetzgeberischer Untätigkeit beim Steuersystem, das so viele Löcher aufweist. So geschehen zuletzt besonders spektakulär und teuer für das Gemeinwesen bei den sogenannten »Cum-ex-Geschäften«, wo Steuern vom Staat rückerstattet wurden, die niemals gezahlt wurden. Die Kosten dafür bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich. Profitiert davon haben einige »gewiefte« Superreiche, denen solche Geschäfte von ihren Banken angeboten wurden.

Haben sie verwerflich gehandelt? Nein, denn die – nicht völlig rücksichtslose – Maximierung des Eigennutzes ist erst einmal keine Kategorie von Moral. Rationales Verhalten muss nicht tugendhaft sein, auch wenn das Bild vom »ehrbaren Kaufmann« ein durchaus schönes und erstrebenswertes ist. Weder die Gesellschaft noch die Politik können aber vom Einzelnen erwarten, dass er oder sie die Möglichkeiten, die sich bieten, nicht nutzt. Moralisieren ist hier nicht mehr als ein Ventil, das den Druck zur Veränderung der Spielregeln reduziert auf das scheinbare Vergehen eines Einzelnen. Genuin politisch-demokratische Fragen zu moralisieren führt nicht zu deren Lösung.

Vielmehr ist es Aufgabe der Politik (in diesem Falle der guten Politik), die Rationalität der Menschen so zu kanalisieren, dass sie möglichst positive Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft hat. Und: Die Gesellschaft muss das auch wollen, zumindest ihre demokratische Mehrheit. Das Verfassen und Hoffen auf Selbstverpflichtungen und moralisches Verhalten ist hochgradig naiv und entsprechend politisch irrational. Dies zeigt sich nicht nur beim Thema Steuern, sondern bei allen Bereichen, die für Menschen und Unternehmen mit weiteren Kosten und Aufwand verbunden sind – sei es die Frauenquote, verbindliche internationale Richtlinien zur Corporate Social Responsibility oder den Umweltschutz. Klare Spielregeln mit Sanktionsmöglichkeiten steuern Rationalität.

Wie häufig angemahnt (und viel zu selten berücksichtigt), ist ein erster Schritt zur Veränderung der Wahrnehmung von Steuern die Anpassung der Sprache und der verwendeten Begriffe. Zuschreibungen wie »Steuerlast« zementieren den negativen Beigeschmack von Steuern. In einem solchen diskursiven Umfeld ist es beispielsweise praktisch unmöglich, einen Wahlkampf zu führen, in dem man sich für höhere – weil gerechtere – Steuern einsetzt. Dabei gab es auch Zeiten, in denen das möglich war. In Skandinavien, das für seine starke und ausnahmslose Progression mit hohen Spitzensteuersätzen bekannt war, gelang das bisweilen. Ein Hintergrund war eine positive Grundwahrnehmung von Steuern, eng gekoppelt mit dem Versprechen und dann auch der direkten positiven Erfahrung, dass höhere Steuern eine bessere Kinderbetreuung, bessere Schulausstattung, bessere Gesundheitsleistungen etc. für alle bedeuten. Höhere Steuern sind somit für die allermeisten in der Gesellschaft etwas Gutes. Im Verständnis der Leute kennzeichnete eine solide Steuerbasis einen starken Staat, der die notwendigen Investitionen tätigen kann und für gerechte Beteiligung aller am Gemeinwesen sorgte.

In Deutschland sind die Voraussetzungen für einen solchen Steuerdiskurs derzeit nicht gegeben, aber Steueründer werden vermehrt kritisiert, Steuerbetrüger durch Veröffentlichungen wie zuletzt sogar klar benannt und hoffentlich auch als Betrüger verurteilt. Auch relativ konfliktfrei ist in Deutschland heute die Frage nach einer gerechten Besteuerung von Gewinnen transnational tätiger Unternehmen. Die bereits erwähnte bislang legale Steuerpraxis des Kleinrechnens der Steuerbilanz ist nicht länger gesellschaftsfähig und hat auch diejenigen Kräfte umgestimmt, die sonst immer reflexhaft gegen jedwede Steuererhöhung sind. Das Akronym dazu lautet BEPS (Base Erosion and Profit Shifting). Das Projekt wurde mit dem Ziel initiiert, gegen schädlichen Steuerwettbewerb unter Staaten und aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Über 90 Staaten beteiligen sich daran; ein zentraler Initiator war die OECD, sprich eine Organisation, die lange Zeit nicht für solche Projekte bekannt gewesen war. Ein Wandel ist somit erkennbar. Dies sind erste wertvolle Schritte. Doch ein wirkliches Umdenken aller relevanten Akteure ist noch nicht erkennbar.

Bestes Beispiel: die Finanztransaktionsteuer (FTS). Einem Projekt, das besonders nach der Finanzkrise von einem breiten politischen und zwischenstaatlichen Konsens getragen wurde, ergeht es mit zunehmender Vernebelung der Krise dagegen schlechter.

Die beiden Motive für die FTS sind dabei noch sehr aktuell: etwas Sand in die Mühlen der rein spekulativ getriebenen Transaktionen der Finanzmärkte zu streuen und die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen. Beides wäre nach wie vor dringend notwendig. Der politische Druck zum Handeln scheint sich verflüchtigt zu haben, wenngleich dieser Schein von der Solidität des Finanzsystems trägt. Weniger das Moralisieren der Rolle der Banken in der Krise, sondern eine stärkere Durchdringung der systemischen Relevanz der Finanzmärkte und ihrer Akteure wäre geboten. Es geht primär um eine stringente und durchdachte, funktionale Regulierung dieser ökonomischen Sphäre zum Dienst an der Allgemeinheit. Einiges in diese Richtung wurde auch erreicht, aber zu viel ist hinten runtergefallen und liegt weiterhin im Argen. Zu nennen sind in erster Linie die Schattenbanken, die munter weiterzocken als wäre nichts gewesen. Mit Moral und Selbstverpflichtungen ist denen nicht beizukommen.

Die Veränderung des Steuerdiskurses »zum Guten« kann und muss bei der Beseitigung der größten Ungerechtigkeiten im Steuersystem beginnen. Dazu gehören die derzeitigen legalen Möglichkeiten, den eigenen Beitrag zum Gemeinwesen über »Steuerparadiese« zu umgehen. Der zweite Schritt muss auf einer Debatte über Gerechtigkeit und akzeptierte Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft aufbauen. Wie viel einer Erbschaft soll besteuert werden? Soll sie überhaupt besteuert werden? Welche Arten einer Erbschaft sollen (wie) besteuert werden? Soll Vermögen gesondert besteuert werden etc.? Sollen Steuermehreinnahmen direkt mit Ausgaben und damit mit einer Zielgruppe für die Steuerinvestitionen verknüpft werden?

Meine Antwort lautet: Wir brauchen eine gerechte und funktionale Besteuerung in Deutschland. Diese zu finden ist Aufgabe der aktuellen Perspektivdebatte der SPD. Als Volkspartei sind wir ein potenzieller »game changer« in dem Diskurs darüber, was als gerechte und funktionale Besteuerung empfunden wird. Unsere Leitlinien sind folgende:

Erstens: Unser Ziel ist es, dass der ehrliche Steuerzahler gerecht behandelt wird, weil die anderen auch ihren Teil zur Kasse der Gesellschaft beisteuern. Die Steuer-schlupflöcher und Wege der Steuervermeidung müssen geschlossen werden.

Zweitens: Wir müssen hohe Strafen für Steuerbetrüger schaffen. Wir müssen auch harte Verbote in Gesetze gießen und Banken und anderen Helfershelfern im Falle von illegalem Verhalten die Lizenzen, also die gesamte Geschäftsgrundlage, entziehen.

Drittens: Gerecht ist es auch, wenn Steuern weiterhin als wichtiges Element der Umverteilung gesehen werden – gerade in Zeiten auseinanderdriftender Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Sie müssen daher eine tatsächliche Gerechtigkeitswirkung besitzen und dürfen keine Symbolpolitik sein.

Viertens: Wir müssen auch die Sozialabgaben in unsere Überlegungen einbeziehen. Sie sind der Schlüssel für gerechte Beiträge auf der unteren Einkommensebene.

Fünftens: Die Höhe der Steuern müssen wir danach ausrichten, welche Aufgaben zu bewältigen sind. Politik muss die Zukunft gestalten. Um Deutschland und Europa zusammenzuhalten, brauchen wir Investitionen in Arbeit, Infrastruktur, Wohnen und vor allem Bildung. Steuergeld sinnvoll einzusetzen für die notwendigen Belange der Gegenwart und der Zukunft unserer Gesellschaft, ist niemals teuer. Teuer wird es erst dann, wenn solche Investitionen unterlassen werden, weil die notwendigen Mittel dafür fehlen.



Thorsten Schäfer-Gümbel

ist stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD Hessen sowie Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

t.schaefer-guembel@ltg.hessen.de